

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 7 / 2020

26. November 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 25. November fand die Stadtverordnetenversammlung statt.

Die SVV hat unter anderem einen Beschluss zur Errichtung einer neuen Oberschule bei gleichzeitigem Erhalt der zwei bestehenden Oberstufenzentren gefasst.

Dieser Beschluss ist maßgeblich auf das Drängen der SPD-Fraktion zurückzuführen.

Außerdem hat unsere Fraktion dafür gestimmt, dass für Familienpassinhaber die prozentuale Erhöhung der Musikschulgebühren halbiert wird.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser

Themen dieses Newsletters:

Hanswalter Werner

Errichtung einer neuen Oberschule und Sicherung des Bestandes des Oberstufenzentrums Alfred Flakowski

Maximilian Gränitz

Musikalische Bildung für alle Einkommenschichten ermöglichen!

Britta Kornmesser

Einrichtung eines „Bürgerbeirates Hohenstücken“

Hanswalter Werner

Kunsthalle Brennabor

Hanswalter Werner

Errichtung einer neuen Oberschule und Sicherung des Bestandes des Oberstufenzentrums Alfred Flakowski



In der die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.11. 2020 einstimmig die Errichtung einer neuen Oberschule in der Caasmanstraße beschlossen. Damit einher geht eine Bestandsgarantie für das Oberstufenzentrum Alfred Flakowski. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, den Bau eines Schulzentrums in unserer Stadt vorzubereiten.

Dies sind gute Beschlüsse und die SPD hat seit Monaten darauf hingewiesen und hingearbeitet, dass die Einrichtung einer neuen Oberschule im Gebäude des Oberstufenzentrums Alfred Flakowski in der Caasmanstraße dieses Oberstufenzentrum nicht verdrängen darf.

Ursprünglich wollte die Verwaltung das Oberstufenzentrum Flakowski schließen. Dies hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die berufliche Bildung dieser Stadt gehabt und auch die 3-jährige Gymnasiale Oberstufe am Oberstufenzentrum wäre gefährdet gewesen.

Das sahen die Stadtverordneten auch so und votierten gegen diese Pläne der Verwaltung.

Auch die Beauftragung der Verwaltung, den Bau einer neuen Oberschule zu planen ist von der SPD seit langem gefordert worden.

Schon bei der Beratung zum Schulentwicklungsplan 2015!!! forderte der SPD-Stadtverordnete Udo Geiseler den Bau eines Schulzentrums.

Seine Pläne stießen jedoch auf massive Ablehnung. Heute zeigt sich, dass diese Ideen weitsichtig und realistisch waren und die SPD wird sie intensiv weiter verfolgen und hofft, dass auch in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit zu diesem Beschluss stehen wird.

Viele weitere Punkte des Schulentwicklungsplans 2010 – 2015 sind noch unerledigt.

Als Beispiel seien genannt: Digitalpakt Schule, gute Räume für die Essensversorgung an den Schulen, Zweizügigkeit der Schule Am Krugpark, Ausbau eines Raumes in der Havelschule.

Es liegt also noch eine Menge Arbeit vor den Stadtverordneten. Die wird uns auch noch in den ersten Monaten des Jahres 2021 beschäftigen.

Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass an den Schulen unserer Stadt bestmögliche Bedingungen für Lehrende und Lernende geschaffen werden.



Maximilian Gränitz

Musikalische Bildung für alle Einkommensschichten ermöglichen!



Nachdem die große, scheinbar unverhältnismäßige Gebührenerhöhung 2018 von der Verwaltung zurückgezogen wurde, folgte nun ein neuer Anlauf. Um durchschnittlich 12,84 % sollen die Gebühren steigen. Mit einem Teil der Mehreinnahmen sollen die Honorare der Lehrerinnen und Lehrer erhöht werden. Insgesamt rechnet die Verwaltung mit Mehreinnahmen von 6.000 Euro.

Ja, ganze 6.000 Euro bringt die Erhöhung. Zum Vergleich: für die Kampagne „Brandenburg 2035“ gibt die Verwaltung 80.000 Euro aus!

Besonders bitter aus unserer Sicht ist aber auch: die Ermäßigung für Familienpassinhaber sollte von 70 auf 50% sinken. Dabei hat sich die Nutzerzahl in diesem Bereich schon in den letzten fünf Jahren mehr als halbiert. Nur noch 23 Kinder und Jugendliche können auf diesem Wege derzeit die Musikschule nutzen. Mit der geplanten Gebührenerhöhung auf der einen Seite und der zusätzlichen Reduzierung der aktuellen Ermäßigung um 20 % wäre diese Gruppe besonders hart und doppelt betroffen. Derzeit beträgt die Gebühr für Menschen ohne eigenes Einkommen für 45 Minuten Musikschulunterricht jährlich 210,- €. Diese würde dann auf künftig 335,- € steigen. Das entspräche einer Steigerung um 60 %! Das ist völlig unverhältnismäßig und die Zahl dieser Musikschülerinnen und -schüler wird weiter abnehmen. Ein falscher Schritt und womöglich der Anfang für weitere Gebührenerhöhungen in anderen Bereichen? In Sachen (musikalischer) Bildung braucht die Stadt offensichtlich dringend Nachhilfe.

Die SPD-Fraktion hat sich daher dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen – Pro Kirchmöser/ Die LINKE angeschlossen, wonach die Ermäßigung für Familienpassinhaber bei 70 % bleibt und die prozentuale Erhöhung der Gebühren halbiert wird.

Nachdem in der Diskussion in der SVV absehbar wurde, dass die Vorlage der Verwaltung in der vorliegenden Form keine Mehrheit finden würde, gab es von dieser Seite einen Kompromissvorschlag, der unserem Anliegen entgegenkam und annehmbar war. Dieser Vorschlag wurde zur Abstimmung gestellt und fand eine Mehrheit.

Auch mit unseren Stimmen wurde nun beschlossen, dass die Sozialermäßigung bei 70 % bleibt und die geplante Gebührenerhöhung nur schrittweise erfolgt (zum 01.01.2021 50 % der ursprünglich geplanten Erhöhung und erst zum 01.08.2022 dann der Rest).



Britta Kornmesser

Einrichtung eines „Bürgerbeirates Hohenstücken“



Zur Beschlussfassung durch die SVV stand auch die Einrichtung eines durch die Hauptsatzung der Stadt legitimierten Bürgerbeirates für den Stadtteil Hohenstücken auf der Tagesordnung. Gemäß Vorlage 284/2020 der Verwaltung sollte dazu die Hauptsatzung entsprechend geändert und angepasst werden. Der Beirat soll aus 5 bis 7 Mitgliedern bestehen, die selbst in Hohenstücken wohnen. Er soll mit verschiedenen Kompetenzen ausgestattet werden. So soll dem Beirat die Gelegenheit gegeben werden, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die in Hohenstücken Wohnenden haben, gegenüber der SVV und ihren Ausschüssen Stellung zu nehmen und angehört zu werden. Dem Beirat soll auch eine schriftliche Stellungnahme ermöglicht werden. Die Mitglieder des Bürgerbeirates wären durch die SVV zu wählen.

Uneinigkeit gab es in der SVV jedoch dahingehend, ob die zukünftigen Mitglieder des Beirates zwingend selbst im Stadtteil Hohenstücken wohnen müssen, oder ob diesem Beirat auch Bürger angehören dürfen, die nicht in diesem Stadtteil wohnen, sich hier aber sehr engagieren. Es gibt aktuell einen Bürgerbeirat, der sich aus engagierten Bürgern zusammensetzt und sehr aktiv ist. Dieser ist jedoch nicht auf Grundlage der Hauptsatzung legitimiert und etliche Mitglieder haben ihren Wohnsitz nicht im Stadtteil Hohenstücken. Diese könnten dann zukünftig nicht mehr Mitglied des Beirates sein.

Dieser Sachverhalt sollte in Ruhe diskutiert und abgewogen werden.

Daher haben wir als SPD-Fraktion die Vertagung der Beschlussfassung beantragt. Unserem Antrag wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Hanswalter Werner Kunsthalle Brennabor



Seit September 2019 stand das Thema Kunsthalle Brennabor auf der Tagesordnung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport der Stadtverordnetenversammlung.

Es ging dabei darum, für die Kunsthalle Brennabor ein Trägermodell zu entwickeln sowie ein künstlerische Inhaltskonzept.

Dazu hatte im Juni 2019 ein Workshop stattgefunden, dessen Ergebnisse umgesetzt werden sollten. Bei der Kunsthalle Brennabor handelt sich um einen einzigartigen Ausstellungsraum für moderne Kunst, die vom Freundeskreis der Kunsthalle Brennabor betrieben wird und die in ihrer Bedeutung der Darstellung moderner bildender Kunst weit über Brandenburg an der Havel hinausragt.

Man kann mit Fug und Recht von einer Leuchtturmfunktion für unsere Stadt sprechen. Und gerade deshalb war es wichtig, die Existenz dieser Kunsthalle zu sichern und sie professionell zu betreiben.

Viele, auch kontroverse Beratungen haben stattgefunden, bis endlich in diesem Monat von der Kulturverwaltung eine Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde, die allgemeine Zustimmung fand.

Sie enthält als wesentliche Punkte:

Ein kooperatives Trägermodell das heißt: die Kunsthalle erhält einen Beirat, einen künstlerischen Leiter oder Leiterin sowie eine Grundfinanzierung.

Begleitet wird dieser Prozess vom Fachbereich Kultur und dem Freundeskreis der Kunsthalle Brennabor.

Das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Die SPD wird an diesem Prozess intensiv und kritisch teilnehmen und hofft, dass die positiven Ansätze, die sich in der Beschlussvorlage finden, auch zeitnah umgesetzt werden.

